

Sparen bei Bildung führt zu Proteststurm

Wäre Luzerner Zeitung, 12.9.2015

LUZERN Die Regierung will bei der Berufsbildung Beiträge kürzen. Kantonsräte versuchen nun, diesen Plänen den Garaus zu machen – mit guten Chancen.

nus. Der Kanton Luzern gibt pro Jahr 19 Millionen Franken für die höhere Berufsbildung aus. 1,5 bis 2 Millionen davon will die Regierung nun einsparen, wie Recherchen unserer Zeitung zeigen. Erreichen will dies die Regierung durch eine Kürzung der Beiträge an Bildungsgänge, die zu einer Berufs- oder Höheren Fachprüfung führen. Betroffen sind weit mehr als 2000 Studenten pro Jahr.

SVP-Kantonsrat Urs Dickerhof aus Emmen und mit ihm Parlamentarier aus CVP, FDP und SP bekämpfen diese Pläne mit einem Dringlichen Postulat. Wird der Vorstoss vom Kantonsrat am Montag für dringlich erklärt, wird das



**«Ich verstehe die
Aufregung. Die Frage
ist aber, wo wir die
vorhandenen Mittel
optimal einsetzen.»**

RETO WYSS,
LUZERNER BILDUNGSDIREKTOR

Postulat bereits am Dienstag behandelt. Die Chancen dafür stehen gut, weil der Vorstoss sehr breit abgestützt ist. Die Regierung lehnt die Dringlichkeit laut Bildungsdirektor Reto Wyss ab.

Nachteile für Luzerner Schulen

Urs Dickerhof argumentiert, die Regierung könne nicht bei jeder Gelegenheit betonen, wie wichtig ihr die Berufsbildung sei, und gleichzeitig in diesem Bereich sparen: «Das widerspricht in grobem Masse sämtlichen bisher abgegebenen Bekenntnissen.» Ausserdem seien Schulen wie der Campus Sursee, die viele ausserkantonale Studenten ausbilden, benachteiligt. Dies deshalb, weil die neuen Beiträge im landesweiten Vergleich tief seien, sagt Dickerhof.

Reto Wyss kommentiert den Vorstoss so: «Ich verstehe die Aufregung. Die Frage ist aber, wo wir die vorhandenen Mittel optimal einsetzen.» Er betont, dass mit dem neuen Stipendiengesetz auch Beiträge bei der Berufsbildung ausgerichtet werden können.

Parteien empört über Sparpläne

neue Luzerner Zeitung, 12.5.2015

BERUFSBILDUNG Wer eine Berufs- oder Höhere Fachprüfung absolviert, soll künftig selber massiv mehr zahlen. Das goutieren Kantonsräte von rechts bis links gar nicht.

LUKAS NUSSBAUMER
lukas.nussbaumer@luzernerzeitung.ch

Für Urs Dickerhof, SVP-Kantonsrat und Finanzvorsteher der Gemeinde Emmen, gehört die Suche nach Sparpotenzial zum täglichen Brot. Als Präsident jener Kommission, die 2014 ein 200 Millionen Franken schweres Sparpaket vorbereitet, verschliesst der höchste Luzerner des Jahres 2013 auch nicht die Augen vor unpopulären Massnahmen.

Doch bei der höheren Berufsbildung zieht selbst Finanzpolitiker Dickerhof Grenzen. Dies zeigen ein Brief der Dienststelle Berufs- und Weiterbildung sowie ein Dringliches Postulat von Dickerhof. Beide Dokumente liegen unserer Zeitung vor.

Dickerhof und mit ihm eigene Fraktionskollegen, aber auch Angehörige von CVP, FDP und SP stören sich am Plan der Regierung, die Beiträge an Berufs- und Höhere Fachprüfungen um 30 Prozent zu kürzen. Konkret geht es um eine Sparmassnahme im Umfang von jährlich 1,5 bis 2 Millionen

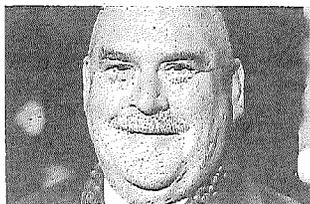
Franken bei der höheren Berufsbildung, für die der Kanton Luzern pro Jahr rund 19 Millionen Franken ausgibt. Derzeit finanziert Luzern diese Bildungsgänge, absolviert von jährlich rund 2300 Studenten, mit 9 Franken pro Lektion. Ab 2016 sollen es nur noch 6 Franken sein.

«Anstieg leider nicht tragbar»

Die Dienststelle Berufs- und Weiterbildung als Absender des Briefs an die über 40 Weiterbildungsinstitutionen im Kanton Luzern begründet die Kürzung mit der «ausgesprochen schwierigen finanziellen Situation des Kantons Luzern», verbunden mit dem grösseren Interesse an Berufs- und Höheren Fachprüfungen. Der Kostenanstieg sei «leider nicht tragbar», heisst es im Brief weiter.

Urs Dickerhof, der mit seiner Massage- und Kosmetikschule selber in der höheren Berufsbildung tätig ist, spricht von einem «komplett falschen Sparansatz». Die Regierung predige seit Jahren, wie wichtig das duale Bildungssystem und die höhere Berufsbildung seien und dass damit wirksam dem Fachkräftemangel begegnet werden könne. «Die Kürzung der Bildungsbeiträge widerspricht in grobem Masse sämtlichen

bisher abgegebenen Bekenntnissen», sagt Dickerhof. Für einen Studenten seiner Schule hätte die vorgesehene Kürzung massive Auswirkungen: Statt wie bis anhin 19 000 Franken aus dem eigenen Sack zu zahlen, wären es künftig rund 25 000 Franken.



«Die Kürzung widerspricht sämtlichen bisher abgegebenen Bekenntnissen.»

URS DICKERHOF, SVP, EMMEN

19
MILLIONEN

So viel gibt der Kanton Luzern pro Jahr etwa für die höhere Berufsbildung aus.

1,5 bis 2
MILLIONEN

Diese Summe möchte die Regierung ab 2016 bei der Berufsbildung einsparen.

20 bis 30
PROZENT

So hoch sind die Mehrausgaben, die rund 2300 Studenten für ihre Qualifikation aufwenden müssen.

Support leistet dem SVP-Politiker SP-Kantonsrat Jörg Meyer, Leiter der Höheren Fachschule Gesundheit Zentralschweiz. Dass sich immer mehr Leute für die höhere Berufsbildung entscheiden, sei politisch gewollt, so Meyer. «Jetzt plötzlich überrascht zu sein vom Anstieg der Zahlen, ist ein Widerspruch.» Für die Studentinnen und Studenten der Höheren Fachschule Gesundheit würde der Plan der Regierung einen Ausfall von etwa 100 000 Franken pro Jahr bedeuten.

Ähnlich argumentiert FDP-Kantonsrat Gaudenz Zemp, Direktor des kantonalen Gewerbeverbands. «Die Sparmassnahme kommt aus heiterem Himmel und ist in keine Strategie eingebettet. Hier kürzt man am falschen Ort zur völlig falschen Zeit», sagt Zemp, der den Vorstoss von

Dickerhof wie Jörg Meyer mitunterzeichnet hat. Den Einwand, der Gewerbeverband fordere selber immer wieder Sparmassnahmen und protestiere dann beim besten Vorschlag der Regierung lautlos, lässt Zemp nicht gelten. «Wir haben wohl noch nie Kürzungen bei der höheren Berufsbildung gefordert. Ansonsten sind wir immer gerne bereit, an Sparmassnahmen mitzuarbeiten.»

1000 Franken mehr pro Semester

Nicht begeistert von der Sparmassnahme ist auch Thomas Habermacher, Rektor des Weiterbildungszentrums (WBZ) des Kantons Luzern in Sursee. Betroffen von der Beitragskürzung wären jährlich etwa 800 Studenten, in der Kasse fehlen würden jährlich mehr als 300 000 Franken, sagt Habermacher. Ein WBZ-Student, der jetzt pro Semester abzüglich der Staatsbeiträge durchschnittlich 2700 Franken zahle, müsse künftig mit rund 3500 Franken rechnen. Die Massnahme sei vor dem Hintergrund, dass man die höhere Berufsbildung stärken und den Fachkräftemangel mindern wolle, «nicht das, was sich ein Rektor einer betroffenen Schule wünscht».

Wyss: «Musste kurzfristig handeln»

Bildungsdirektor Reto Wyss kann die Aufregung verstehen, wie er auf Anfrage sagt. Die beabsichtigte Kürzung ändere aber nichts am Bekenntnis zur Berufsbildung. So habe Luzern im letzten Jahr 19 Millionen investiert, 2016 seien es 20 Millionen. Warum die Kürzung kurz vor der Übernahme der Kosten durch den Bund eingeführt werden soll, begründet Wyss so: «Wir mussten zu einer kurzfristig wirkenden Massnahme greifen. Sie bleibt so lange in Kraft, bis der Bund die Finanzierung übernimmt, also 2017 oder 2018. Zudem ist das Wachstum genau in den Berufs- und Höheren Fachprüfungen am grössten.»